

Antrag an die Landesmitgliederversammlung am 30.11.2012 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Bremen

Transparenz bei Polizeieinsätzen fördern- die individuelle Kennzeichnungspflicht endlich einführen!

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Der Landesverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordert die schnellstmögliche Umsetzung der individuellen Kennzeichnungspflicht von Polizist_innen im Land Bremen im Dienst.

Die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Bremen setzt sich für eine verpflichtende individuelle Kennzeichnung von Polizist_innen bei Großlagen ein, die die folgenden Kriterien erfüllt:

- Die individuelle Kennzeichnung soll an Brust, Rücken und anderen deutlich sichtbaren Stellen angebracht sein
- Die Kennzeichnung soll nicht leicht abnehmbar und nicht leicht austauschbar sein
- Die Beamten sollen sich auf Nachfrage allen Anwesenden gegenüber ausweisen müssen.

Begründung:

Die individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizist_innen ist ein wichtiges Instrument um die Transparenz bei Polizeieinsätzen zu verbessern. Insbesondere bei Großeinsätzen ist im Nachhinein durch geschlossene Visiere und Gruppenkennzeichnungen oft nicht nachvollziehbar, durch welche Beamte eventuelle Vergehen und Übergriffe begangen wurden. Die bisherigen Gruppenkennzeichnungen reichen nicht aus, um individuelle Verantwortlichkeiten bestimmen zu können. Daher fordern bereits seit Jahrzehnten Menschen- und Grundrechtsorganisationen, Jurist_innenverbände und Aktivist_innen die Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht um individuelle Verantwortlichkeiten feststellen und nachvollziehen zu können.

Seit der Ablehnung einer individuellen Kennzeichnungspflicht im Jahr 1968 durch die Bremische Bürgerschaft setzten sich immer wieder verschiedenste Verbände und Gruppen - darunter auch die Grüne Jugend - vergeblich für die Einführung der individuellen Kennzeichnungspflicht für Polizist_innen ein. Der Koalitionsvertrag von 2011 enthielt endlich die individuelle Kennzeichnungspflicht, doch hat sich seitdem nichts an der Rechtslage geändert. Die individuelle Verantwortlichkeit für polizeiliches Handeln, insbesondere in geschlossenen Einheiten (Hundertschaften), ist heute genauso wenig gewährleistet wie noch 1968.

Im August diesen Jahres erreichte die Intransparenz der Polizei bei Großeinsätzen einen neuen Höhepunkt: Bei einer Demonstration gegen die Partei "Pro Deutschland" setzte die Bremer Polizei, angeblich aus Personalmangel, SEK-Einheiten ein. Dies allein ist bereits äußerst ungewöhnlich, denn es kann doch kaum von einer deeskalierenden Strategie gesprochen werden, wenn Demonstrant_innen neben den üblichen Polizist_innen vermummte Sondereinheiten vor sich sehen. Die SEK-Einheiten trugen darüber hinaus weder ein Hoheitskennzeichen noch andere Kennzeichnungen. Nachfragen von Demonstrant_innen zur Herkunft wurden nicht beantwortet.

Solche und ähnliche Situationen gilt es zu verhindern, denn polizeiliches Handeln muss transparent sein!

Antragsteller_innen:
Grüne Jugend Bremen